

Bergwacht stellte sich dem Gemeinderat vor

Letzte Sitzung des Samerberger Gemeinderats in der Rettungswache in Grainbach

Die letzte Sitzung des Samerberger Gemeinderats in diesem Jahr war gleichzeitig ein „Auswärtsspiel“. Die umfangreiche Tagesordnung wurde im Schulungsraum der Bergwacht Rettungswache in Grainbach abgehandelt. Der stellvertretende Bereitschaftsleiter Josef Hunger stellte das Gebäude und die Aufgaben der Bergwacht Rosenheim-Samerberg vor.

Seit 2010 ist die Bergwacht in Grainbach vertreten, der „Umzug von der früheren Heimat, der Grozach-Hütte,, zum neuen Standort, hat sich sehr bewährt“, erläuterte Hunger. Schließlich habe sich auch der Einsatzschwerpunkt auf den Nordteil der Hochries verlagert, wo sich die Hochriesbahn, das Fliegergeschehen und der Bikepark befinden. Auch für Einsätze in Höhlen werde man geschult, so Hunger weiter.

Eines der Ziele der Bergwacht sei, dass man verstärkt Jugendliche vom Samerberg gewinnen möchte und eine noch effektivere Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort.

Bürgermeister Georg Huber bedankte sich bei den anwesenden Mitgliedern der Bergwacht für ihren wertvollen Dienst und für die gute Zusammenarbeit.

Bebauungsplan Feichteckstraße Grainbach

Einen Schritt weiter ist die Gemeinde bei der Bauleitplanung in der Feichteckstraße in Grainbach. Die Anregungen aus der frühzeitigen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung wurden zumeist einstimmig in das Planwerk aufgenommen. Planer Franz Fuchs (Kolbermoor) wird nun einen korrigierten Entwurf erarbeiten. Darin sollen auch Möglichkeiten für öffentliche Parkflächen oder Ausweichstellen aufgezeigt werden. Außerdem solle man für einen Teil des Planungsraums nochmals die Festsetzung Dorfgebiet und Mischgebiet prüfen, um einem Handwerksbetrieb Bestandsschutz zu geben. Beschlossen hat das Gremium auch den Vorschlag, langfristig eine weitere Erschließungsstraße und einen möglichen Grunderwerb hierfür vorzusehen.

Neue Wasser- und Abwassergebühren ab 2017

Einen Bevorratungsbeschluss fasste der Gemeinderat für die Beitrags- und Gebührensatzungen im Bereich Wasser und Abwasser. Anfang des Jahres 2017 solle die neue Kalkulation fertig sein, so dass der Gemeinderat dann die Gebühren und Beiträge neu festsetzen kann, erläuterte Bürgermeister Georg Huber. Sie werden dann bereits zum 1.1.2017 gelten.

Erhöhung der Parkgebühren

Geändert hat das Gremium die gemeindliche Parkgebührenordnung. An den zehn Parkplätzen, die überwiegend für die Wanderausflügler betrieben werden, waren bisher 2 Euro Parkgebühr pro Tag angefallen. Der Gemeinderat entschied mit 13:1 Stimmen, die Tagesgebühr auf 3 Euro anzuheben. Damit folgte man einer Empfehlung der Staatlichen Rechnungsprüfung sowie des Finanzausschusses. Die neue Parkgebührenordnung tritt zum 1.1.2017 in Kraft.

Neues Fahrzeug für die FFW Törwang

Gute Nachrichten für die Feuerwehr Törwang. Der Gemeinderat hat einstimmig der Vergabe des Auftrags für die Beschaffung eines mittleren Löschfahrzeugs zugestimmt. Die von der Kreisbrandinspektion begleitete Ausschreibung des Fahrzeugs wurde in drei Lose aufgeteilt. Das wirtschaftlichste Angebot hat die Firma Magirus, Ulm, abgegeben. „Eine bewährte Firma, die seit 150 Jahren im Geschäft ist“, lautete die Vergabeempfehlung. Die Gesamtkosten liegen bei knapp 200 000 Euro, wobei mit einem Zuschuss von 50 000 Euro gerechnet wird.

Brücke im Mühlthal soll erneuert werden

Eine Brückenbaumaßnahme steht bei der Gemeindeverbindungsstraße zwischen Nußdorf/Inn und dem Samerberg (Mühlthalstraße) an. Nach Mitteilung der Nachbargemeinde ist die Sappl-Brücke erneuerungsbedürftig. Die Brücke liege zur Hälfte auf Nußdorfer und zur anderen Hälfte auf Samerberger Gemeindegrund, demnach sei auch die Straßenbaulast zu teilen, so der Antrag aus dem Nußdorfer Rathaus. Bevor nun eine Kostenbeteiligung beschlossen werden könne, sollte noch eine genaue rechtliche Auskunft sowie eine weitere Fachmeinung zu der Planung eingeholt werden, beschlossen die Samerberger Gemeinderäte. Die Gesamtkosten liegen bei rund 400 000 Euro, wobei rund 200 000 Euro Fördermittel zu erwarten sind. Für die beiden beteiligten Kommunen verbliebe dann jeweils ein Betrag von 100 000 Euro.